

Gemeindevertretung

**Protokoll zur 03.Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad
Ahrenshoop am 20.11.2024**

Tagungsort: Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr Ahrenshoop
Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20.00 Uhr
Beschluss –Nr. 4-042/2024 – 4-052/2024

Bürgermeister Protokollant

Anwesenheit
anwesend

Vorsitzende/r

Herr Benjamin Heinke

Mitglieder

Frau Astrid Christoph

Frau Solveig-Ulrika Crohn

Frau Daniela Jaeschke

Frau Silke Kischkel

Frau Katharina Klünder

Herr Stefan Köppke

Herr Moritz Langhinrichs

Herr Stefan Wachsmuth

Gäste:

Herr Lüdeke → Kurdirektor

Tagesordnung**Öffentlicher Teil:****Vorlagen-Nr.**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 01.10.2024
- 3 Berichte der Vorsitzenden der Ausschüsse
- 4 Einwohnerfragestunde / Fragen der Gemeindevertreter an den Bürgermeister
- 5 Bestätigung oder Änderung der Tagesordnung
- 6 Protokollbestätigung vom 01.10.2024 (Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift)
- 7 Korrektur zur 1. Nachtragshaushaltsatzung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop
Vorlage: 4-052/24
- 8 Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop
Vorlage: 4-047/24
- 9 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur Satzung (Ergänzungssatzung) „Fulge II“, Ortsteil Althagen nach § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 4-043/24

10 Information über öffentliche Vergaben

11 Termine/Sonstiges/Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

Vorlagen-Nr.

■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]
■	[REDACTED]

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung, unter Einhaltung der Ladungsfrist, einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Die Bürgermeisterin stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden. Die Gemeindevertretung war nach Zahl der erschienenen Mitglieder – **9 von 9** – beschlussfähig.

TOP 2 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 01.10.2024

Wichtige Angelegenheiten

Herr Heinke geht auf das erfolgreiche Filmfestival ein, welches laut Kurdirektor eine sehr gute Auslastung hatte. Diese Veranstaltung hat den Grauen November wieder etwas aufleben lassen.

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung

- Fortführung Bauleitverfahren Fulge II
- Vergabe Aufstellung B-Plan
- Kauf Wohnhaus
- Grundstückskaufverträge

TOP 3 Berichte der Vorsitzenden der Ausschüsse

Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur der Gemeinde Ahrenshoop vom 02.10.2024

- Anschaffung eines Festzeltes
- Haushalt KTB
- Vorschläge Kurdirektor
- Strandversorgung
- Vorstellungen der Mitglieder und die Verbesserung für den Ort
- Bericht des Kurdirektors über die Veranstaltungen die gewesen sind und noch kommen werden
- Die nächste Sitzung erfolgt erst im Dezember.

Finanzausschusses vom 29.10.2024 Frau Jaeschke

- hat im Amt stattgefunden
- Mitglieder der FFW waren anwesend für die Planung des 100 Jährigen Jubiläum der Feuerwehr
- Löschwasserkonzept
- Planung Kirchnersgang
- Plan Ist-Soll Zahlen (Quartalsbericht)
- Haushaltsberatung 2025
- Zweitwohnungssteuer
- Anträge auf Förderung wurden beraten

TOP 4 Einwohnerfragestunde / Fragen der Gemeindevertreter an den Bürgermeister

Einwohner

Hinterfragt wies es mit der Fördermittelgenehmigung des Tourismusentrums im Kirchersgang aussieht.

Bürgermeister

Kann erst im Dezember mehr dazu sagen. Es ist aber alles eingereicht und geht in die richtige Richtung.

Herr Wachsmuth

Merkt an, dass auf der einen Seite der Bushaltestelle das Licht repariert aber auf der anderen Seite (Richtung Born) nicht.

Die Lampe leuchtet nicht auf den Busfahrplan. Regt an dort eine Lampe zu installieren oder den Busfahrplan in das Bushäuschen zu verlegen.

Bürgermeister

Nimmt es an und gibt es weiter

Eine Einwohnerin erfragt wie der Stand mit den Verfahren von Herrn Harenberg ist.

Dazu kann keine Aussage getroffen werden, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

TOP 5 Bestätigung oder Änderung der Tagesordnung

Antrag Herr Heinke Neu Aufnahme TOP NEU 7. Korrektur zur 1. Nachtragshaushaltsatzung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop

Vorlage: 4-052/24

→ danach Fortlaufend weiter

gesetzlich gewählte Vertreter	9
anwesende Vertreter	9

ja	nein	Enthaltungen
9	0	0

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Stimmung über die beantragte Tagesordnung		
gesetzlich gewählte Vertreter		9
anwesende Vertreter		9
ja	nein	Enthaltungen
9	0	

Die Tagesordnung wird mit geänderter Fassung bestätigt.

TOP 6 Protokollbestätigung vom 01.10.2024 (Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift)

Anmerkungen: - keine Änderungen

Die Gemeindevertretung billigt die Sitzungsniederschrift vom 01.10.2024 und hat keine weiteren Anmerkungen

NEU TOP 7 Korrektur zur 1. Nachtragshaushaltsatzung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop Vorlage: 4-052/24

Korrektur zur 1. Nachtragshaushaltsatzung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop

1. Nachtragshaushaltsatzung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund des § 45 i.V. § 47, 48 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 02.10.2024 und nach Vorlage bei der Rechtsaufsichtsbehörde folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 werden

1. im Ergebnishaushalt	von bisher EUR	auf EUR
der Gesamtbetrag der Erträge	2.434.900	2.229.900
der Gesamtbetrag der Aufwendungen	3.328.800	3.336.100
das Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	-893.900	-1.106.200
2. im Finanzhaushalt	von bisher EUR	auf EUR
a der Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen	2.352.300	2.147.300
) der Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen ¹	3.127.900	7.285.200
der jahresbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-775.600	-5.137.900
b der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	927.700	4.777.700
) der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	677.000	990.000
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	250.700	3.787.700

¹ einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

festgesetzt.

§ 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt von 235.230,00 EUR
auf nunmehr 214.730,00 EUR.

§ 5 Hebesätze

Die Hebesätze für Realsteuer werden wie folgt festgesetzt.

1. Grundsteuer

a) für land- und forstwirtschaftlichen Flächen

(Grundsteuer A)	von bisher 300 v.H.	auf 300 v. H
-----------------	---------------------	--------------

b) für die Grundstücke

(Grundsteuer B)	von bisher 360 v.H.	auf 360 v. H
-----------------	---------------------	--------------

2. Gewerbesteuer

von bisher 380 v.H.	auf 380 v. H
---------------------	--------------

§ 6 Kreisumlage

Entfällt bei den Gemeinden.

§ 7 Stellen gemäß Nachtragsstellenplan

Die Gesamtzahl der im Nachtragsstellenplan
ausgewiesen Stellen beträgt

statt bisher Vollzeitäquivalente (VzÄ)	0
nunmehr Vollzeitäquivalente (VzÄ).	0

§ 8

Weitere Vorschriften

1. Innerhalb eines Teilhaushaltes sind die Ansätze für Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig, soweit im Folgenden oder durch Haushaltsvermerk nichts anderes bestimmt ist. Bei Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in einem Teilergebnishaushalt gilt diese auch für entsprechende Ansätze für Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt.

Folgende Aufwendungen werden hiermit von der generellen Deckungsfähigkeit in den Teilergebnishaushalten ausgenommen:

- Verfügungsmittel des Bürgermeisters,
- Interne Leistungsverrechnungen / Umlageverrechnungen,
- Abschreibungen,

- Einstellungen in Rücklagen,
 - Personalaufwendungen / Versorgungsaufwendungen
 - Zinsaufwendungen und -auszahlungen
2. Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen, Werteberechtigungen und Forderungsabgänge werden nach § 14 Abs. 2 GemHVO-Doppik über die Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
 3. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden nach § 14 Abs. 2 GemHVO-Doppik über die Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt, analog gilt die auch für die hiermit im Zusammenhang stehenden Auszahlungen.
 4. Zinsaufwendungen und -auszahlungen werden über die gesamten Teilhaushalte hinweg für deckungsfähig erklärt.
 5. Ansätze für laufende Auszahlungen werden innerhalb eines Teilhaushaltes zu Gunsten von Auszahlungen für Investitionstätigkeit für einseitig deckungsfähig erklärt, soweit die Finanzrechnung des Haushaltsvorjahres einen positiven Saldo der Ein- und Auszahlungen ausweist und dieser Saldo bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums nicht zur liquiditätsmäßigen Absicherung von Rückstellungen oder für den Ausgleich des Finanzhaushaltes im Haushaltsfolgejahre benötigt wird und das geplante Ergebnis insgesamt erreicht wird.
 6. Die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionen entsprechend § 14 Abs. 3 GemHVO-Doppik innerhalb eines Teilhaushaltes werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt, soweit durch Haushaltsvermerk nichts anderes bestimmt ist (§ 7 Nr. 6 der Haushaltssatzung). Auch hier können z. B. bei geförderten Maßnahmen weitere Deckungskreise eingerichtet werden, so dass Fälle der echten und unechten Deckungsfähigkeit vorliegen können.

Im Gegensatz zur laufenden Verwaltung werden die Investitionsvorhaben maßnahmengenaу im HKR erfasst. D. h., jedes Investitionsvorhaben bekommt eine jahresbezogene Maßnahmennummer, die bei jeder Buchung anzugeben ist.

Liegt kein Ansatz vor, ist eine außerplanmäßige Auszahlung zu beantragen, wenn der Bedarf nicht schon auf einem anderen PSK innerhalb desselben Deckungskreises geplant wurde.

Zwingend erforderlich ist ein Antrag auf Sollübertragung, wenn geplante Mittel innerhalb eines Teilhaushaltes zwischen Investitionsmaßnahmen verschoben werden sollen.

7. Im Haushaltsplan veranschlagte geförderte Aufwendungen und Auszahlungen dürfen erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist (Vorliegen eines Fördermittelbescheides bzw. vorliegende Bestätigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns, die einer Zusage jedoch nicht gleichzusetzen ist).
8. Die Ansätze für Aufwendungen und laufende Auszahlungen eines Teilhaushalts werden bei einem ausgeglichenem Haushalt ganz oder teilweise für übertragbar erklärt, soweit der Haushaltsausgleich im Haushaltsfolgejahr dennoch erreicht werden kann.
9. Bei der Zweckbindung von Erträgen oder Einzahlungen bleiben die entsprechenden Ermächtigungen zur Leistung von Aufwendungen bis zur Erfüllung des Zweckes oder solche zur Leistung von Auszahlungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.
10. Erträge und Einzahlungen aus Spenden und Versicherungserstattungen sind zweckgebunden für Aufwendungen und Auszahlungen im jeweiligen Produkt einzusetzen.
11. Mehrerträge durch die Auflösung von Sonderposten berechtigen zu Mehraufwendungen bei den Abschreibungen.
12. Auf eine Erfassung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, wird verzichtet.

13. Auf die Bildung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens wird verzichtet, sofern der Wert des einzelnen Abgrenzungspostens nicht mehr als 1.000 EUR beträgt und eine unterlassene Abgrenzung das Jahresergebnis nicht wesentlich beeinflusst.

Nachrichtliche Angaben:

Durch den Nachtragshaushaltsplan ändert sich

1. zum Ergebnishaushalt
das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres
beträgt voraussichtlich

von bisher	7.569.200 EUR
auf	7.356.900 EUR
voraussichtlich	

2. zum Finanzhaushalt
Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen
zum 31. Dezember des Haushaltsjahres

von bisher	6.053.789 EUR
auf	1.941.489 EUR
voraussichtlich	

3. zum Eigenkapital
der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des
Haushaltsjahres

von bisher	13.803.904 EUR
auf	13.069.600 EUR
voraussichtlich	

Ostseebad Ahrenshoop, den
Ort, Datum

Siegel

Bürgermeister

Anmerkungen während der Sitzung

Keine weiteren Anmerkungen seitens der Gemeindevertretung.

Herr Heinke erläutert kurz den Hintergrund für die erneute Beschluss für das bessere Verständnis der Einwohner.

Beschluss:

Bei der Erstellung der Nachtragssatzung wurde ein falscher Hebesatz für die Gewerbesteuer ausgewiesen, siehe § 5 Pkt.2, dies wird mit diesem Beschluss korrigiert.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop korrigiert den Beschluss 4-028/2024 zum 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024 in der vorliegenden Fassung.

Beschluss-Nr.	4-042/2024			
Gremium	Sitzungs- datum	TOP	Abstimmungsergebnis	Beschluss- empfehlung
Gemeindevertretung	20.11.2024	7	9xja	ja

**NEU TOP 8 Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde
Ostseebad Ahrenshoop
Vorlage: 4-047/24**

Sachverhalt und Begründung:

In einem anhängigen Verwaltungsstreitverfahren wurde das Amt Darß/Fischland vom Verwaltungsgericht darauf hingewiesen, dass sich aus der fehlenden Regelung, hier die Differenzierung hinsichtlich des Nutzungsumfangs beim Steuermaßstab, in der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop vom 19.09.2019 in den Fassungen der 1. Änderung der Satzung vom 19.12.2019 und der 2. Änderung der Satzung vom 28.08.2020 die Rechtswidrigkeit der Satzung ergeben dürfte.

Liegen die Möglichkeiten zur Eigennutzung und das damit einhergehende Vorhalten für die persönliche Lebensführung unter zwei Monaten, kann der Inhaber einer Zweitwohnung gemäß der aktuellen Rechtsprechung nicht zur vollen, sondern nur zu einer geminderten Jahressteuer herangezogen werden. Dabei kann die steuererhebende Gemeinde entscheiden, in welcher Weise die Steuererhebung für Zeiträume einer möglichen Eigennutzung von weniger als zwei Monaten gestaffelt wird.

An einer entsprechenden Regelung fehlt es bisher in den Zweitwohnungssteuersatzungen. Mit der vorliegenden Änderung im § 3 der Zweitwohnungssteuersatzung wird der Hinweis des Gerichtes aufgenommen und eindeutig definiert, dass bei einer ganzjährig ausgeschlossenen Eigennutzung oder der Eigennutzungsmöglichkeit von unter 62 Tagen keine Zweitwohnungssteuer erhoben wird.

Diese Regelung wurde in der Gemeinde bereits praktiziert.

Damit der Satzungsfehler geheilt werden kann, tritt die Satzung zum 01.01.2014 rückwirkend in Kraft. Daher muss die Satzung vom 23.12.2022 in den Fassungen der 1. Änderung der Satzung vom 21.12.2023 und der 2. Änderung der Satzung vom 10.09.2024 sowie die Satzung vom 19.09.2019 in den Fassungen der 1. Änderung der Satzung vom 19.12.2019 und der 2. Änderung der Satzung vom 28.08.2020 außer Kraft treten.

Weiterhin wurde in der Satzung unter § 4 Abs. 3 Satz 1 folgender Wortlaut gestrichen „unterhalb des ortsüblichen Nutzungsentgeltes“. Hier haben wir von dem Verwaltungsgericht den Hinweis erhalten, dass diese Regelung Bedenken begegnen. Sollte in einem Mietvertrag die vereinbarte Miete unterhalb der ortsüblichen Miete liegen, muss der Einzelfall geprüft werden, wie es dazu kommt.

Im § 5 wurde berücksichtigt, dass sich der Steuersatz mit der Satzung vom 23.12.2022 zum 01.01.2023 auf 20 v.H. und mit der 1. Änderung der Satzung vom 21.12.2023 auf 22 v.H. erhöht hat.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 29.10.2024 wurde die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer von 22 v.H. auf 25 v.H. empfohlen. Der Finanzausschuss begründet die Erhöhung mit der derzeitigen Entwicklung der Gemeinde, den daraus resultierenden finanziellen Aufwendungen der Gemeinde sowie im Hinblick darauf, dass Zweitwohnungsinhaber nicht in gleicher Weise wie die Einwohner mit Hauptwohnsitz über die Gewerbesteuer, den gemeindlichen Anteil an der Einkommenssteuer und über den Finanzausgleich an der Finanzausstattung der Gemeinde beteiligt sind. Durch die Erhöhung des Steuersatzes ergeben sich für die Gemeinde jährliche Mehreinnahmen von ca. 78.000,00 EUR. In diesem Haushaltsjahr hat die Gemeinde Zweitwohnungssteuer in Höhe von 574.046,00 EUR eingenommen (Plan 550 TEUR).

Als Anlage zu dieser Beschlussvorlage ist die Satzung beigelegt, in der die Änderungen rot gekennzeichnet wurden und eine durchgeänderte Fassung.

gez. Paula Mildahn
Sachgebietsleiterin Steuern
Amt für Finanzen

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten: 78 TEUR Produkt/Konto: 61100.40340000 EUR	☐ keine finanzielle Auswirkungen
Finanzierung	
Beschreibung (bei Investitionen auch Folgekostenberechnung beifügen – u.a. Abschreibung, Unterhaltung, Bewirtschaftung)	

Finanzierungsmittel im aktuellen Haushaltsplan vorhanden:	Produkt/Konto:	Betrag:
Folgekosten in kommenden Haushaltsjahren:	Produkt/Konto:	Betrag:
Über- oder außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlung	Deckung erfolgt aus Produkt/Konto:	
über-/außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlungen sind gemäß § 50 (1) KV M-V nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Begründung der Unvorhersehbarkeit und Unabwendbarkeit: (Begründung erfolgt durch das einreichende Fachamt!)		
Beteiligung Amt für Finanzen: Gez. Prehl		

Anmerkungen während der Sitzung

Herr Heinke leitet in den Tagesordnungspunkt ein erklärt den Hintergrund für die neue Beschlussvorlage. Der Finanzausschuss hat entschieden die Erhöhung des Zweitwohnungssteuersatzes auf 25 v.H. zu erhöhen.
Keine weiteren Fragen seitens der Gemeindevertretung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop beschließt in ihrer Sitzung am 20.11.2024 die Erhöhung des Zweitwohnungssteuersatzes von 22 v.H. auf 25 v.H. des jährlichen Mietaufwandes sowie die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop in der vorliegenden Fassung

Beschluss-Nr.	4-043/2024			
Gremium	Sitzungsdatum	TOP	Abstimmungsergebnis	Beschlussempfehlung
Gemeindevertretung	20.11.2024	8	9xja	

NEU TOP 9 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur Satzung (Ergänzungssatzung) „Fulge II“, Ortsteil Althagen nach § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 4-043/24

Sachverhalt und Begründung:

Die Gemeindevertretung hat in nichtöffentlicher Sitzung am 01.10.2024 (Beschluss-Nr. 4-035/2024) beschlossen, das Bauleitplanverfahren zur Satzung (Ergänzungssatzung) „Fulge II“, Ortsteil Althagen nach § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) nicht fortzuführen. Daher ist der Aufstellungsbeschluss vom 17.06.2021 (Beschluss-Nr. 4-023/2021) über die Einbeziehung einzelner Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil (Einbeziehungssatzung) nach § 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB für den „Fulge II“ aufzuheben.

i.A.
Marcus Foks
Bauamt

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten:	EUR	☒ keine finanzielle Auswirkungen
Finanzierung		
Beschreibung (bei Investitionen auch Folgekostenberechnung beifügen – u.a. Abschreibung,		

Unterhaltung, Bewirtschaftung)		
Finanzierungsmittel im aktuellen Haushaltsplan vorhanden:	Produkt/Konto:	Betrag:
Folgekosten in kommenden Haushaltsjahren:	Produkt/Konto:	Betrag:
Über- oder außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlung	Deckung erfolgt aus Produkt/Konto:	
über-/außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlungen sind gemäß § 50 (1) KV M-V nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist.		
Begründung der Unvorhersehbarkeit und Unabwendbarkeit: (Begründung erfolgt durch das einreichende Fachamt!)		
Beteiligung Amt für Finanzen:		
		gez. Prehl

Anmerkungen während der Sitzung

Herr Heinke leitet in den Tagesordnungspunkt ein erklärt den Hintergrund für die Beschlussvorlage. Es wird die Beschlussvorlage für das bessere Verständnis der Einwohner verlesen.

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Ahrenshoop beschließt den Beschluss vom 17.06.2021 (Beschluss-Nr. 4-023/2021) über die Aufstellung der Ergänzungssatzung „Fulge II“ nach § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BauGB aufzuheben. Das Verfahren soll nicht fortgeführt werden.
2. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Beschluss-Nr.	4-044/2024			
Gremium	Sitzungsdatum	TOP	Abstimmungsergebnis	Beschlussempfehlung
Gemeindevertretung	20.11.2024	8	8xja 1xnein	ja

NEU TOP 10 Information über öffentliche Vergaben

Herr Heinke verliest die Vergabeliste des Amtes

UvGo-Vergaben

16/2024 BA-L-02 Verhandlungsvergabe ohne TNW VgMinArbV M-V 40.000,00 €

17/2024 OA-L-02 Direktauftrag Vergabeerlass 5.185,26 € Feuerwehr Überlebensanzüge

NEU TOP 11 Termine/Sonstiges/Mitteilungen

Herr Heinke informiert, dass nächste Woche die „Eigenart“ Eröffnung um 11 Uhr stattfindet.

Ende der Öffentlichen Sitzung um 18.54 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung um 18.56 Uhr

Herr Heinke erfragt ob es Einwände gibt das der Kurdirektor an der nichtöffentlichen Teil teilnimmt
- Keine Einwände

II. Nicht öffentlicher Teil



[illegible]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	
[REDACTED]	

[REDACTED]

[illegible]

[REDACTED]

10 of 10

[illegible]

[REDACTED]

[REDACTED]

[illegible]

[REDACTED]

© 2006 The Authors
Journal compilation © 2006 Blackwell Publishing Ltd

██████████

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	
[REDACTED]		[REDACTED]	

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	
[REDACTED]		
[REDACTED]		
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	
[REDACTED]		
[REDACTED]		
[REDACTED]		

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]

[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		[REDACTED]
[REDACTED]		
[REDACTED]		
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]		

[REDACTED]

[illegible]

[illegible]

[REDACTED]

[illegible]

Figure 1

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]